



Rede von  
**Guido van den Berg MdL**

zu: „Stromverbraucher von steigenden Energiewendekosten entlasten –  
Strompreisbremse durch Stromsteuersenkung einführen“  
(Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2108)

in Verbindung mit: „Strom muss bezahlbar bleiben – Nordrhein-Westfalen  
muss im eigenen Interesse die Vorschläge der Bundesregierung unterstützen“  
(Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2126)

am 27. Februar 2013  
im Plenum des Landtags von Nordrhein-Westfalen  
in Düsseldorf (Plenarprotokoll 16/22)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege van den Berg.

**Guido van den Berg (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kufen, wenn ich das den heutigen Tag über richtig verfolgt habe, dann ist es, glaube ich, nicht angebracht, dass gerade die CDU-Fraktion anderen mangelnde Anwesenheit in diesem Plenum vorwirft.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

– Lieber Herr Wüst, da Sie das ansprechen, will ich das an dieser Stelle sehr deutlich sagen.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege van den Berg, vielleicht lassen Sie ihn doch erst die Zwischenfrage stellen. Der Kollege Wüst würde Ihnen nämlich gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Guido van den Berg (SPD):** Bitte, Herr Wüst.

**Hendrik Wüst (CDU):** Herr Kollege, dann erklären Sie doch einmal, wo Sie bei der namentlichen Abstimmung waren, als Sie aufgerufen wurden.

**Guido van den Berg (SPD):** Das kann ich Ihnen gerne sagen, Herr Wüst. Ich danke Ihnen für diese Frage, weil ich es für ein besonderes Ereignis in diesem Parlament gehalten habe, dass Ihre Fraktion im Ältestenrat des Parlaments ein Pairing-Abkommen vereinbart hat, an das ich mich gehalten habe, aber Sie und Ihre Kollegen nicht.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn Sie gestatten, komme ich zum Thema.

(Christof Rasche [FDP]: Lug und Betrug! – Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

– Es wird mit Sicherheit Gelegenheit geben, das aufzuklären, geschätzter Kollege. Ich habe an der Stelle ein sehr reines Gewissen.

(Beifall von der SPD)

Ich bin ja dankbar für Zwischenfragen, weil das nicht von der Redezeit abgeht, will aber jetzt gerne zum Thema kommen. Es ist über die Strompreisbremse gesprochen worden, die jetzt das neue Schlagwort ist. Sie lenkt natürlich von dem ab, was eigentlich von der Bundesregierung gefordert ist und geliefert werden muss. Vorhin, als ich bei dem Parlamentarischen Abend der Currenta war und das Pairingabkommen gebrochen worden ist, habe ich noch einmal nachdrücklich die Forderung vernommen, dass alle ein einheitliches Strommarktdesign von der Bundesregierung fordern. Die Industrie in Nordrhein-Westfalen fordert es, gerade die Akteure. Das wird aber nicht geliefert.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)

Stattdessen passiert Folgendes: Es wird populistisch auf einzelne Themen gesetzt. Wir sind dort unter dem Stichwort „Strompreisbremse“ unterwegs. Beim Umgang mit diesem Thema unterscheiden wir uns fundamental von Ihnen. Das Stichwort heißt „Seriosität“.

(Beifall von der SPD)

Herr Altmaier setzt die Botschaft ins Land, 1 Billion € sei nötig, um die Energiewende auf den Weg zu bringen – eine Angstbotschaft, meine Damen und Herren. Damit bewirken Sie keine Strompreisbremse, sondern eine Investitionsbremse für erneuerbare Energien – ein Grundfehler, den Sie begehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Altmaier benennt sehr wohl das Kernproblem. Er weist darauf hin, dass wir steigende Differenzkosten bei sinkenden Börsenstrompreisen haben. Aber er benennt in seinem Konzept mit Herrn Rösler keine einzige Maßnahme, wie er der Angelegenheit Herr werden will – ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren. Stattdessen doktert man an Einzelmaßnahmen herum und greift die Einspeisevergütung an. Damit schafft man letztlich nur eins: Man erodiert den Vertrauensschutz in Bestandsanlagen. Man verunsichert diejenigen, die in erneuerbare Energien investieren wollen. Gefordert wäre eigentlich etwas anderes, aber Unberechenbarkeit und Willkür ist offenbar ein Markenzeichen in der Energiepolitik. Wir haben zuerst bei den konventionellen Anlagen und bei der Atomkraft erlebt, welche Verunsicherungen Ihr Hin und Her ausgelöst haben. Jetzt passiert dasselbe bei den Erneuerbaren. Das ist ein fatales Zeichen, meine Damen und Herren.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wollen Sie die Atomkraft beibehalten?)

Schauen wir uns einmal an, was Sie in Nordrhein-Westfalen daraus machen wollen. Uns liegen zwei Anträge der Regierungsparteien aus Berlin vor, die unterschiedlicher nicht sein können. Während die FDP eine Entlastung in Höhe der Stromsteuer fordert, lehnt die CDU die Senkung der Stromsteuer in ihren Anträgen kategorisch ab.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind doch in der Regierung! In der Opposition brauchen wir keine Einigkeit!)

– Wo erkennen Sie da die Einheitlichkeit der Rösler-Altmaier-Vorschläge, Herr Brockes? An der Stelle hilft Schreien nicht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind in der Koalition! Was will denn Ihr Partner?)

– Ja, Herr Brockes, aber wir sind heute in der Haushaltswoche. Wenn Sie eine Senkung in Höhe der Stromsteuer fordern, dann heißt das eine Senkung der Mehrwertsteuer. Ich hätte dann von Ihnen wenigstens einen Satz erwartet, was das für den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen bedeutet, lieber Herr Brockes. Nichts habe ich von Ihnen dazu gehört. Das hätte dazugehört, wenn Sie seriös mit dem Thema umgehen wollen.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Die Steuer ist eine Bundessteuer!)

**Vizepräsident Daniel Dünkel:** Herr Kollege van den Berg, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schemmer, CDU, zulassen?

**Guido van den Berg (SPD):** Ich glaube, das führt uns jetzt nicht mehr weiter, Herr Präsident.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Ich interpretiere das als Nein.

**Guido van den Berg (SPD):** Ja. – Meine Damen und Herren, sehen wir uns den CDU-Antrag an. Der ist auch spannend. Herr Kufen hat es so schön umschrieben, dass man das Rösler-Altmaier-Papier grundsätzlich begrüße. Damit haben Sie all die negativen Aspekte ausgespart, die das für die nordrhein-westfälische Energiewirtschaft bedeutet.

(Beifall von der SPD)

Das ist das Fatale. Sie sparen aus, dass sich Herr Altmaier eben nicht darauf eingelassen hat, wie er im Bereich der Kraft-Wärme-Koppelung und Ähnlichem, ...

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege, Ihre Redezeit.

**Guido van den Berg (SPD):** Sie werden ja wohl die Fragen abgezogen haben, Herr Präsident.

... bei dem Thema „Eigenverbrauch“ etc. die nordrhein-westfälische Industrie, für die das elementar ist, völlig im Regen stehen lässt und keine klaren Aussagen macht.

Meine Damen und Herren, für die SPD in diesem Land gilt: Zuerst das Land, und dann erst die Partei. Es kann nicht sein, dass wir uns jetzt festlegen und die Position von Nordrhein-Westfalen bei den schwierigen Verhandlungen im Bund auf diese Weise gefährden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. Selbstverständlich halten wir die Zeit bei Fragen an. Insofern passte das schon. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Brems.